

Studium und Praxis

Genossenschaftsrecht

Systematik und Praxis des Genossenschaftswesens

von
Hartmut Glenk

2. Auflage

Genossenschaftsrecht – Glenk

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Genossenschaften



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63313 3

beck-shop.de

STUDIUM UND PRAXIS

Glenk
Genossenschaftsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Genossenschaftsrecht

Systematik und Praxis des
Genossenschaftswesens

von

Hartmut Glenk

Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen und
Bankwirtschaft (IGB), Siegen/Berlin, Verbandsgeschäftsführer,
Lehrbeauftragter für Unternehmensrecht

2., neubearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck München 2013

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 9783406633133

© 2013 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Meiner Mutter gewidmet

und allen denjenigen,
auf die ich mich in schweren Phasen
meines Lebens verlassen konnte.

Vorwort zur zweiten Auflage

Der vorliegende Band ist die systematische Darstellung der Genossenschaft in Recht, BWL und Betriebspraxis. Gegenüber der ersten Auflage wurde die Schrift grundlegend verändert und erweitert. Im Gegensatz zu Kommentaren, die sich naturgemäß auf die Auslegung des Gesetzes beschränken, stellt der Band den „Lebenszyklus“ eines genossenschaftlichen Unternehmens dar, behandelt Finanzierungsfragen, die Bestellung und Abberufung von Organmitgliedern ebenso wie die Anstellungsverträge mit Vorständen, den Bereich der gesetzlichen Pflichtprüfung und die Spannungsfelder zwischen der Genossenschaft und ihren Mitgliedern.

Der Wiederentdeckung der Genossenschaft und den zahlreichen Neugründungen in den letzten Jahren als Kooperative für soziale, kulturelle und alternativ-ökonomische Zwecke wurde Rechnung getragen. Gründern sollen Vorbereitung und Unternehmensbeginn erleichtert werden; für Unternehmenskrisen ist die Schrift ein zuverlässiger Ratgeber.

Neben der aktuellen Aufarbeitung des Genossenschaftswesens in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Unternehmensalltag wurden europäische Aspekte, insbesondere die Österreichs und der Schweiz, einbezogen. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dem Leser die wesentlichen Managementprobleme des Vorstandes und die Aufgaben des Aufsichtsrates – mit Lösungsmöglichkeiten – nahezubringen.

Zahlreiche Fallbeispiele aus dem Berufsalltag des Verfassers stellen die unmittelbare Anwendbarkeit in der Praxis sicher. Die Besonderheiten der Kreditgenossenschaften wurden angemessen berücksichtigt; durch den beispielhaften Abdruck wesentlicher Verfügungen werden Entscheidungsgänge der Bankenaufsicht erstmals öffentlich zugänglich und transparent.

Das Buch erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, es ist aber sehr wohl umfassende Handlungsanleitung; es soll dem Juristen betriebswirtschaftliche und dem Betriebswirtschaftler rechtliche Zusammenhänge verdeutlichen. Dabei kamen dem Verfasser seine jahrzehntelange Tätigkeit als Berater von Genossenschaften und Lehrbeauftragter für Unternehmensrecht zugute: Als Direktor des IGB stand er Vorständen und Aufsichtsräten bei schwierigen Fragen zur Seite; die Ergebnisse aus Diskussionen mit den Studenten, Resultate von Projekt-, Seminar- und Examensarbeiten sind mit eingeflossen.

Adressaten der Schrift sind deshalb sowohl genossenschaftliche Führungskräfte, Aufsichtsräte und Prüfer als auch Rechtsanwälte, Richter, Rechtspfleger, Steuerberater und Studenten. Nicht zuletzt die interessierten Mitglieder der Genossenschaft selbst.

Die Mitarbeit der Herren Ingo Thomas und Björn Antoine und ihre stete Bereitschaft zu konstruktiver Diskussion verdient Anerkennung.

Besonders habe ich mich gefreut über das Vertrauen des Verlages C.H. Beck, seines Lektoratsleiters Dr. Johannes Wasmuth, der diese wesentlich erweiterte Neuauflage ermöglicht hat, und die angenehme Kooperation mit der Lektorin Daniela Wallisch bei der Realisierung des Vorhabens.

Die langjährige Bearbeitung schwieriger Fälle, gemeinsam mit den Vertragsanwälten des IGB, Thomas Arndt (Brandenburg), Prof. Dr. Heinz Gussen (Rheda-

beck-shop.de

Wiedenbrück) und Sven Tamoschus (Dessau), hat zum guten Gelingen wertvolle Impulse geliefert.

Nicht zuletzt möchte ich Herrn Bankdirektor a.D. Heinz Ahmling, Herrn Dr. Burchard Bösche (Vorsitzender der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Hamburg), Herrn Prof. Dr. Wolfgang Bokelmann (Berlin), Herrn Rechtsanwalt Prof. Dr. Otto Roßmann (Berlin) und Herrn WP/StB Dipl.-Kfm. Hans Gehre (Siegen) für ihre konstruktiven Vorschläge herzlich danken.

Anregungen und Hinweise nehme ich gerne entgegen unter info@bankinstitut-igb.de. Weitere Informationen sind für die Leser auf der Homepage des Instituts für Genossenschaftswesen und Bankwirtschaft (IGB) www.bankinstitut-igb.de abrufbereit.

Siegen, im Oktober 2012

Hartmut Glenk

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	Seite XIX
Literaturverzeichnis	XXV

Erster Teil: Begriff und Bedeutung der Genossenschaft

A. Entwicklung der Genossenschaftsidee und heutige Bedeutung	1
I. Entwicklung der Genossenschaftsidee und erste Rechtsgrundlagen	1
II. Das Genossenschaftsgesetz	3
1. Das deutsche Genossenschaftsrecht	3
2. Genossenschaften in Europa	8
a) Grundsätzliches	8
b) Österreich	10
c) Schweiz	15
d) Das Genossenschaftswesen in der – ehem. – SBZ/DDR	22
e) Italien	28
3. Europäische Genossenschaft	31
III. Einzelwirtschaftliche Bedeutung	33
1. Vorbemerkung	33
2. Bedeutung des Genossenschaftswesens für den Mitgliedsbetrieb am Beispiel des Einzelhandels	34
IV. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung	35
B. Begriff und Abgrenzung der Genossenschaft	40
I. Begriff der Genossenschaft im Sinne des Genossenschaftsgesetzes	40
II. Abgrenzung zu Kapitalgesellschaften und Vereinen	42
1. Kapitalgesellschaften	42
2. Vereine	43
3. Kooperationen	45
4. Zwei praktische Beispiele	46

Zweiter Teil: Die Gründung der Genossenschaft

A. Vorüberlegungen	49
I. Gründerinteressen und Genossenschaftsarten	49
II. Vorgründungsgesellschaft, Vorgenossenschaft	53
1. Vorgründungsgesellschaft	53
2. Vorgenossenschaft	54
III. Die nichteingetragene Genossenschaft	57
B. Finanzielle und rechtliche Voraussetzungen	59
I. Kapitalerfordernis und Gründungsfinanzierung	59
1. Begriff des Gründungskapitals	59

	Seite
2. Gründungsbeispiel	60
a) Genossenschaftsziel	60
b) Erreichen des Zwecks	60
c) Finanzielle Ausstattung der Genossenschaft	61
d) Konzept für den Prüfungsverband	61
e) Besetzung des Vorstandes	61
f) Stellungnahme des Prüfungsverbandes zur Kapitalausstattung und den persönlichen Verhältnissen	62
II. Die Satzung der Genossenschaft: Grundbegriffe und erste praktische Überlegungen	63
1. Vorbemerkung	63
2. Gesetzlicher Mindestinhalt der Satzung	64
3. Firma, Sitz und Gegenstand der Genossenschaft	65
a) Firma der Genossenschaft	65
b) Sitz der Genossenschaft	66
c) Gegenstand der Genossenschaft	67
4. Mitgliedschaft	68
a) Mitglieder	68
b) Erwerb der Mitgliedschaft	68
c) Rechtsanspruch auf die Mitgliedschaft	69
d) Beendigung der Mitgliedschaft	69
e) Kündigung des Mitgliedes	70
f) Ausschließung eines Mitgliedes	70
g) Auseinandersetzung	71
5. Rechte und Pflichten der Mitglieder	71
a) Rechte der Mitglieder	71
b) Pflichten der Mitglieder	72
6. Geschäftsanteil, Geschäftsguthaben und Haftsumme	72
a) Geschäftsanteil	72
b) Geschäftsguthaben	73
c) Nachschußpflicht und Haftsumme	73
7. Organe der Genossenschaft	73
a) Organe	73
b) Generalversammlung	74
c) Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	74
d) Stimmrecht	75
e) Mehrheitserfordernisse	75
f) Aufsichtsrat	76
g) Vorstand	77
8. Rücklagen	78
9. Auflösung und Abwicklung	78
a) Auflösung	78
b) Abwicklung	79
10. Bekanntmachungen	79
11. Schlußbestimmungen	79
12. Satzungsänderungen	79
III. Mustersatzung	80
IV. Gründungsformalitäten	96
1. Eintragung in das Genossenschaftsregister	96

	Seite
2. Ablehnung der Eintragung	97
3. Konkrete Vorgehensweise	98
4. Notwendigkeiten nach erfolgter Registereintragung	98

Dritter Teil: Genossenschaftliche Praxis

A. Mitgliedschaftliches Beteiligungsverhältnis	99
I. Beginn der Mitgliedschaft	99
1. Mitgliedsfähigkeit	99
2. Erwerb der Mitgliedschaft	100
3. Stille Beteiligung an der Genossenschaft	104
II. Ansprüche aus der Mitgliedschaft	105
1. Rechte der Mitglieder	105
2. Pflichten der Mitglieder	106
III. Die Ausgestaltung des genossenschaftlichen Förderungszwecks	
Leistungsbedingungen	109
1. Mitgliedergeschäft, Nichtmitgliedergeschäft	109
2. Bezugsbedingungen	123
3. Lieferungsbedingungen	129
4. Nutzungsbedingungen	133
5. Allgemeine Geschäftsbedingungen	134
IV. Ende der Mitgliedschaft	135
1. Wohnungswechsel	135
2. Übertragung des Geschäftsguthabens	135
3. Kündigung	136
a) Ordentliche Kündigung	136
b) Außerordentliche Kündigung	137
c) Fristlose Kündigung	138
4. Ausschluß eines Mitglieds	139
5. Rechtsnachfolge	142
a) Tod des Mitglieds	142
b) Auflösung oder Erlöschen einer juristischen Person	143
c) Umwandlung des Mitgliedsunternehmens in eine andere	
Rechtsform	144
V. Auseinandersetzung	145
1. Vorbemerkung	145
2. Gewinnfall	146
3. Verlustfall	146
4. Auszahlung eines Anteils am Vermögen	146
5. Ausstehende Pflichtleistungen	147
VI. Schadensersatzfragen	147
1. Schadensersatzansprüche des Mitglieds gegenüber der Genossen-	
schaft	147
2. Schadensersatzansprüche der Genossenschaft gegenüber dem	
Mitglied	148

	Seite
B. Die Organe der Genossenschaft	150
I. Generalversammlung	150
1. Grundsätzliches	150
2. Tagungsort	150
3. Einberufung	151
4. Auskunftsrecht	151
5. Stimmrecht und Beschlußfassung	152
a) Grundsätzliches	152
b) Mehrstimmrecht	153
c) Stimmrechtsvertretung	154
d) Stimmrechtsaussetzung	155
e) Investierende Mitglieder	155
f) Satzungsänderungen	156
g) Verschmelzung	157
6. Entlastung	157
a) Bedeutung der Entlastung	157
b) Durchführung der Entlastung	158
c) Bedingte Beschlußfassung	158
7. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Beschlüssen	159
a) Nichtigkeit	159
b) Anfechtbarkeit	159
c) Schadensersatzpflicht des Anfechtungs- oder Nichtigkeits- klägers	160
8. Teilnahmepflicht	161
9. Vertreterversammlung	161
II. Die Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat	163
1. Voraussetzungen der Bestellung – gesetzliche Einschränkungen ...	163
2. Bestellungs-fähigkeit – satzungsmäßige Voraussetzungen	165
3. Besonderheiten bei Kreditgenossenschaften	165
III. Aufgabenverteilung zwischen den Organen	166
1. Vorbemerkung	166
2. Vorstand	166
a) Grundsätzliches zur Leitungs- und Vertretungsmacht	166
b) Leitung der Genossenschaft	167
c) Vertretung der Genossenschaft	168
d) Managementaufgaben des Vorstandes	170
e) Bestellungs- und Vertragsüberlegungen	175
f) Vergütung	177
g) Vorstandsvorsitzender	178
h) Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat	179
i) Geschäftsordnung	179
j) Muster einer Geschäftsordnung für den Vorstand	181
k) Muster einer Geschäftsordnung für den Vorstand von Kredit- genossenschaften	184
l) Muster eines Geschäftsverteilungsplans für den Vorstand einer Kreditgenossenschaft	188
3. Aufsichtsrat	193
a) Wahl des Aufsichtsrates	193

	Seite
b) Amtszeit des Aufsichtsrates	193
c) Aufgaben des Aufsichtsrates	195
d) Aufsichtsratsvorsitzender	202
e) Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder	203
f) Muster einer Geschäftsordnung des Aufsichtsrates	203
g) Muster einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat von Kreditgenossenschaften	206
4. Gemeinsame Beratungen von Vorstand und Aufsichtsrat	208
IV. Abberufung, Suspendierung und Haftung von Organmitgliedern	209
1. Vorstand	209
a) Sorgfaltspflicht des Vorstandes nach Gesetz und Satzung	209
b) Haftung der Vorstandsmitglieder	212
c) Suspendierung	218
d) Abberufung des Vorstandes gem. § 24 III S. 2 GenG	219
aa) Sorgfaltspflichtverletzungen	219
bb) Fusionen	220
cc) Kreditgenossenschaften	221
e) Durchführung des Regreßverfahrens	223
2. Aufsichtsrat	225
C. Das Personalwesen der Genossenschaft	226
I. Der Anstellungsvertrag mit Vorstandsmitgliedern	226
1. Vorbemerkung	226
2. Anstellung, Aufgaben, Arbeitszeit	227
3. Vertragsdauer	227
4. Nebentätigkeiten	227
5. Gehaltszahlungen	228
6. Nebenleistungen	228
7. Weitere wesentliche Vertragsbestandteile	228
8. Wesentliche Punkte bei Vertragsanbahnung	230
9. Wichtige Fragen der Beteiligten	234
a) Fragen der Genossenschaft an einen Vorstandsbewerber vor Vertragsabschluß	234
b) Fragen des Bewerbers an die Genossenschaft	235
10. Sozialversicherungspflicht von Vorstandsmitgliedern	235
11. Beendigung des Anstellungsverhältnisses	236
a) Aufhebungsvertrag	237
b) Ordentliche Kündigung	238
c) Außerordentliche Kündigung	238
d) Abberufungs- und Kündigungsverlangen Dritter	242
e) Formalitäten	245
II. Die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern	246
1. Anbahnung von Arbeitsverträgen	246
a) Vorbemerkung	246
b) Auskunftspflichten der Genossenschaft	248
c) Auskunftspflichten des Bewerbers	248
d) Vorstellungskosten	250
2. Abschluß von Arbeitsverträgen	250

	Seite
3. Kündigung von Arbeitsverträgen	251
4. Haftung	253
III. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer	253
1. Allgemeines	253
2. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	254
IV. Vollmachten	255
1. Handlungsvollmacht	255
2. Prokura	256
3. Generalvollmacht	257
4. Sondervollmacht der Aufsichtsratsmitglieder	258
5. Haftung	259
D. Genossenschaftliche Finanzarbeit	260
I. Mindestkapital	260
II. Finanzierung	260
1. Kapitalbedarf für Gründung	260
2. Kostenanalyse	261
3. Liquiditätsplanung	264
4. Kapitalbeschaffung	266
5. Beseitigung von Liquiditätsengpässen	270
a) Maßnahmen ohne Nachschußpflicht	270
b) Nachschußpflicht	270
c) Insolvenzabwendung	272
6. Selbstfinanzierung/Überschußverteilung	272
7. Die Beteiligung der Genossenschaft an anderen Unternehmen.....	274
III. Rechnungswesen	275
1. Zweck des Rechnungswesens	275
2. Organisation des Rechnungswesens	276
3. Rechnungslegung, Geschäftsjahr und Aufstellung des Jahresab- schlusses	280
a) Grundsätzliches und Zuständigkeit	280
b) Gewinnverwendung	282
c) Verlustdeckung	282
d) Rücklagen	282
4. Beurteilungskriterien	283
5. Zusammenfassung wesentlicher Vorschriften für das genossen- schaftliche Rechnungswesen	286
a) Pflicht zur Aufstellung von Jahresabschluß und Lagebericht gem. § 336 HGB	286
b) Vorschriften zur Bilanz (§ 337 HGB)	286
c) Vorschriften zum Anhang (§ 338 HGB)	287
d) Offenlegung (§ 339 HGB)	287
6. Aufbewahrungspflichten	287
7. Besonderheiten bei Kreditgenossenschaften	288
a) Vorschriften des KWG und GWG	288
b) Vorschriften des WpHG	288
8. Auskunftsrechte	292
9. Aufbewahrungskosten	293
10. Verantwortlichkeit des Vorstandes für das Rechnungswesen	293

	Seite
IV. Besteuerung der Genossenschaft	293
1. Steuerpflicht der Genossenschaft und der Mitglieder	293
2. Umsatzsteuer	295
3. Körperschaftsteuer	295
4. Gewerbesteuer	299
5. Vermögensteuer	300
6. Abgeltungssteuer	300
7. Auskünfte der Finanzverwaltung	301
E. Prüfungs- und Berichtswesen	305
I. Berichtswesen	305
II. Genossenschaftliches Prüfungswesen	307
1. Vorbemerkung	307
2. Begriff des Prüfungsverbandes	308
3. Das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Prüfungsverband ...	310
a) Erwerb und Ablehnung der Aufnahme	310
b) Beendigung der Mitgliedschaft	314
4. Zweck, Gegenstand, Verfahren und Feststellungen der Prüfung	316
a) Prüfungszweck	316
b) Prüfungsgegenstand	317
aa) Jahresabschluß und wirtschaftliche Verhältnisse	317
bb) Geschäftsführung	317
c) Prüfungsverfahren	320
d) Prüfungsfeststellungen – Beratung des Prüfungsergebnisses	325
e) Prüfungsverfolgung	332
5. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen und Feststellungen des Prüfungsverbandes	334
6. Befangenheit des Prüfungsverbandes	335
7. Haftung des Prüfungsverbandes	337
8. Vergütung des Prüfungsverbandes	338
a) Kostenersatz	338
b) Vergütung	339
F. Das Ende der Genossenschaft	340
I. Fusion	340
1. Fusion durch Aufnahme in eine andere Genossenschaft	340
a) Vorbereitung der Fusion	340
b) Eintragung der Fusion	341
c) Übergang der Mitgliedschaft	341
d) Gläubigerschutz – persönliche Haftung von Mitgliedern	342
e) Benachrichtigung der Mitglieder	344
f) Ausschlagung der Neumitgliedschaft wegen Fusion	344
g) Haftung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	345
h) Anfechtung und Nichtigkeit der Fusion	345
2. Fusion durch Neubildung	346
II. Liquidation	347
1. Liquidationsarten	347
a) Freiwillige Liquidation	347

	Seite
b) Liquidationsvergleich	348
c) Abgelehntes Insolvenzverfahren	348
2. Abwicklung	348
3. Sperrjahr – Verteilungsverbot	349
4. Verteilung des Restvermögens	349
5. Satzungsänderungen im Liquidationsstadium	350
6. Beendigung der Liquidation	350
7. Fortsetzung nach Liquidation	350
III. Insolvenz	350
1. Zahlungsunfähigkeit	351
2. Überschuldung	351
3. Insolvenzantragspflicht	352
4. Begründetheit des Insolvenzantrags	352
5. Zahlungsverbot	353
6. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	353
7. Nachschußpflicht und Vorschußleistung	354
8. Einstellung des Insolvenzverfahrens	355
IV. Löschung	355
1. Amtslöschung	356
2. Löschantrag des Prüfungsverbandes	357
3. Löschantrag der Finanzbehörde	357
4. Löschung wegen gesetzwidriger Handlungen	358
5. Mitgliederzahl	358
G. Genossenschaft und Gericht	359
I. Zuständigkeit und Verfahren	359
II. Anzumeldende Tatsachen	360
1. Anmeldungen durch die Genossenschaft	360
2. Eintragungen von Amts wegen	360
III. Inhaltliche Prüfungen durch das Gericht	361
1. Gefährdung der Belange der Mitglieder und Gläubiger	361
2. Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	361
3. Firmierung der Genossenschaft	363
IV. Ablehnung der Eintragung der Genossenschaft	364
H. Kreditgenossenschaft und Aufsichtsbehörde	366
Vorbemerkung	366
I. Rechtsnormen und Struktur der deutschen Bankenaufsicht	366
1. KWG als Hauptnorm der Aufsicht	366
2. Organisation der Aufsicht	368
a) Träger der Aufsicht	368
b) Prüfungsverband	368
c) Deutsche Bundesbank	368
d) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	369
II. Personenbezogene bankaufsichtliche Maßnahmen	370
1. § 6 KWG als Generalklausel	370
a) Ermächtigung	370
b) Maßnahmen	370

	Seite
2. Mitarbeiter im Anlagebereich	371
a) Tätigkeitsvoraussetzungen – Meldepflicht	371
b) Bankaufsichtliche Maßnahmen	372
3. Vorstand	373
a) Beanstandung/Mißbilligung	373
b) Verwarnung	374
c) Abberufungsverlangen	376
aa) Voraussetzungen	376
bb) Rücktrittsaufforderung	376
cc) Verfahrensablauf	377
dd) Möglichkeiten des Geschäftsleiters und der Genossen- schaft	379
d) Tätigkeitsverbot	381
aa) Gründe und Wirkung	381
bb) Möglichkeiten des Geschäftsleiters und der Genossen- schaft	383
4. Maßnahmen gegen den Aufsichtsrat	385
a) Grundsätzliches	385
b) Bestellungsvoraussetzungen	385
aa) Zuverlässigkeit	385
bb) Sachkunde	388
c) Abberufungsverlangen	391
d) Gefährdungssituation	393
e) Tätigkeitsverbot	394
III. Schlußbemerkung	395

Vierter Teil. Anhang

A. Beispiele für bankaufsichtliche Maßnahmen gegenüber Vorständen von Kreditgenossenschaften	397
I. Beanstandung/Mißbilligung	397
II. Verwarnung gem. § 36 II KWG	399
III. Rücktrittsaufforderung an ein Vorstandsmitglied mit Ankündigung des Abberufungsverlangens	404
IV. Mitteilung der Rücktrittsaufforderung an Aufsichtsratsvorsitzenden ...	407
V. Abberufungsverlangen gem. § 36 I KWG	408
B. Genossenschaftsorganisationen	412
I. Genossenschaftsinstitute und verwandte Einrichtungen	412
1. Deutschland	412
a) Genossenschaftsinstitute	412
b) Institutionen zur Förderung des Genossenschaftswesens	413
2. Österreich	413
3. Schweiz	413
II. Genossenschaftsverbände	413
1. Spitzen- und Bundesverbände	413

	Seite
2. Prüfungsverbände	414
a) Bundesweit tätige Prüfungsverbände	414
b) Regionale Prüfungsverbände	414
c) Fachprüfungsverbände	415
d) Prüfungsverbände der Wohnungswirtschaft	415
III. Zentral- und Hauptgenossenschaften	416
Sachverzeichnis	419